

**SPD  
CDU  
Bündnis  
90/DIE  
GRÜNEN  
MBI  
FDP  
DIE LINKE**

**Fraktionsgeschäftsstelle:**

c/o  
Auerstraße 13  
45468 Mülheim an der Ruhr  
Telefon: 0208 / 45 93 520  
Telefax: 0208 / 45 93 523  
E-Mail: spd-fraktion@stadt-mh.de

- Fraktionen im Rat der Stadt Mülheim an der Ruhr**  
 **Fraktion in der Bezirksvertretung 1, 2 oder 3**

**Antrag**

**Nr.: A 15/0508-01**

**gemäß der Geschäftsordnung**

**öffentlich**

**Datum:** 08.06.2015

**Postversand:**

**Empfänger:**

- Frau Oberbürgermeisterin Mühlenfeld  
 Herrn Vorsitzenden Dr. Henner Tilgner des Ausschusses für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Mobilität  
 Frau / Herrn Bezirksbürgermeister/in Name der Bezirksvertretung 1, 2 oder 3  
 nachrichtlich Frau Oberbürgermeisterin Mühlenfeld

**Beratungsfolge:**

**Status:\* Datum: Gremium:**

Ö 15.06.2015 Ausschuss für Wirtschaft, Stadtentwicklung und Mobilität

**\* Beratungsstatus des jeweiligen Gremiums: Ö = öffentliche Beratung / N = nichtöffentliche Beratung**

**Freifunk in Mülheim an der Ruhr  
Gemeinsamer Antrag der Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis 90/DIE  
GRÜNEN, MBI, FDP und der Gruppe DIE LINKE vom 08.06.2015**

**Beschlussvorschlag:**

1. Die Stadtverwaltung prüft, ein offenes, freies und nicht kommerzielles WLAN-Netz mittels Freifunk in der Mülheimer Innenstadt, in ihren Ämtern sowie an den Standorten der Tochtergesellschaften der Stadt einzurichten.

2. Darüber hinaus prüft die Stadt Mülheim an der Ruhr die Beteiligung an der Errichtung von Freifunk-Netzen in anderen Ortsteilen, vorrangig in Selbeck, Mintard und in Stadtteilen mit erhöhtem sozialen Förderbedarf. Dabei sollen mögliche Kooperationen zwischen Stadt und gemeinnützigen Vereinen wie "Freifunk Rheinland" oder "Verbund Freier Netzwerke in Nordrhein-Westfalen" oder ggfls. auch andere angestrebt werden.

3. Weiterhin wird die Verwaltung beauftragt, sich bei Fragen der technischen und rechtlichen Umsetzbarkeit mit den städtischen Verwaltungen in Arnsberg und Dormagen ins Benehmen zu setzen, da in diesen Kommunen hinsichtlich der Einrichtung eines Freifunknetzes die meisten Erfahrungen in NRW vorliegen.

### **Begründung:**

Die Versorgung der Bürgerinnen und Bürger mit freiem WLAN ist Mülheim sowohl in der Innenstadt als auch in den einzelnen Stadtteilen derzeit kaum vorhanden. Vereinzelt gibt es kostenlose Zugänge mit aufwändigem Anmeldeverfahren oder temporären Schranken, kostenpflichtige Zugänge und auch den von Bürgern angebotenen Freifunk mittels 34 kleinen Routern (Stand 06.05.2015). Mit Hilfe dieses Antrags soll ein einheitlicher und komfortabler Service in Mülheim aufgebaut und angeboten werden.

Mit geringem technischen Aufwand und überschaubaren Kosten kann über den Freifunk ein freies WLAN-Netz im Innenstadtbereich der Stadt Mülheim und später auch darüber hinaus zur Verfügung gestellt werden.

Ein gemeinsames Datennetz von Bürgerinnen und Bürgern, Gewerbetreibenden sowie der Stadt ist das Ziel der Freifunkinitiative. Diese Art des innovativen bürgerschaftlichen Engagements kann in Mülheim zu einem dichten und freien WLAN-Netzwerk führen.

„Freifunk“ bietet die Möglichkeit, private und geschäftliche Internetzugänge durch spezielle Zugangsroutern - sicher für die eigenen Daten und unabhängig vom eigenen Netzwerk - für Dritte kostenfrei zu öffnen.

Der Datenverkehr wird verschlüsselt und zur Infrastruktur des beteiligten Vereins transportiert. Auf diese Art und Weise wird die „Störerhaftung“ an den Verein übertragen. Der Verein selbst ist Mitglied im Europäischen Internetproviderverbund Réseaux IP Européens (RIPE) und genießt somit Providerstatus und das Providerprivileg.

Der Freifunk eröffnet neue Möglichkeiten für Gastronomen, Einzelhändler und die Stadt, um Ihren Besuchern und Kunden einen freien, zeitlich unbeschränkten und kostenlosen Zugang zum Internet zu ermöglichen.

Freifunk ist eine nicht-kommerzielle Initiative zum Ausbau eines selbstverwalteten, öffentlichen, freien Kommunikationsnetzes, i.d.R. auf Basis von strahlungsarmen, nicht lizenzpflichtigen WLAN-Technologien. Durch die Unterstützung der Stadt Mülheim soll es möglich werden, Rahmenbedingungen für dieses bürgerschaftliche Engagement zu schaffen und zu fördern.

Dadurch ergeben sich folgende konkrete Vorteile für die Stadt Mülheim:

**– Soziales**

Eine Unterstützung der Freifunk Initiative fördert die digitale Teilhabe. Es bietet jedem Menschen Zugang zu moderner Kommunikation und digitaler Partizipation.

**– Steigerung der Standortattraktivität**

Das Vorhandensein eines frei zugänglichen Internetzugangs, trägt in Mülheim zu einer Attraktivitätssteigerung für Anwohner und Touristen bei und dient damit direkt der Standortförderung.

**– Umwelt**

Eine hohe Verbreitung von Freifunk-Routern senkt langfristig Strahlenbelastung und Stromverbrauch, da nicht mehr jede Wohneinheit einen separaten WLAN-Router benötigt.

**– Sicherheit**

Durch die Kooperation mit einem Verein werden die Stadt und die Anschlussinhaber der Freifunk-Router von der Störerhaftung befreit. Der Datenverkehr wird sicher verschlüsselt und an die Infrastruktur des Vereins weitergeleitet.

**– Kosten**

Die Stadt Mülheim kann den Freifunk-Ausbau mit dem Kauf von Routern unterstützen. Für diese sind i.d.R. einmalig zwischen 20€ und 60€/Stück je nach Leistungsstärke und Einsatzort des jeweiligen Routers zu veranschlagen. Weiterhin kann die Stadt mit Übernahme der Stromkosten das Projekt finanzieren (ca. 3€ im Jahr/Stück). Dem gemeinnützigen Verein entstehen Infrastrukturkosten in Höhe von ca. 6 € pro Router pro Jahr. Hier gilt es zu prüfen, wie die Stadt den jeweils kooperierenden Verein unterstützen kann, damit dieser langfristig seinen Betrieb aufrechterhalten kann.

gez. Dieter Wiechering  
Fraktionsvorsitzender

gez. Wolfgang Michels  
Fraktionsvorsitzender

gez. Tim Giesbert  
Fraktionsvorsitzender

gez. Lothar Reinhard  
Fraktionsvorsitzender

gez. Peter Beitz  
Fraktionsvorsitzender

gez. Andreas Marquardt  
Sprecher

## **Gleichstellungsrelevante Aspekte**

### **Ja**

Die Darlegung gleichstellungsrelevanter Aspekte erfolgt im Kontext der Drucksache, ggfs. als Anlage zur Drucksache. (Dabei müssen z.B. Planungskriterien, Verordnungen, Rechtsgrundlagen, Richtlinien etc., die dem Vorschlag zu Grunde liegen, genannt werden. Es ist hervorzuheben, zu analysieren und darzulegen, inwieweit gleichstellungsrelevante Aspekte berücksichtigt wurden.)

### **Nein**

Die Darlegung gleichstellungsrelevanter Aspekte entfällt aus folgenden Gründen:

Ergibt sich aus dem Kontext der Drucksache.